



Der Info-Brief des SPD-Landtagsabgeordneten **Georg Nelius**

Erfolgsbilanz: Ein Jahr **Grün-Rot** in Baden-Württemberg!

*Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie!
Liebe Leserinnen und Leser!*

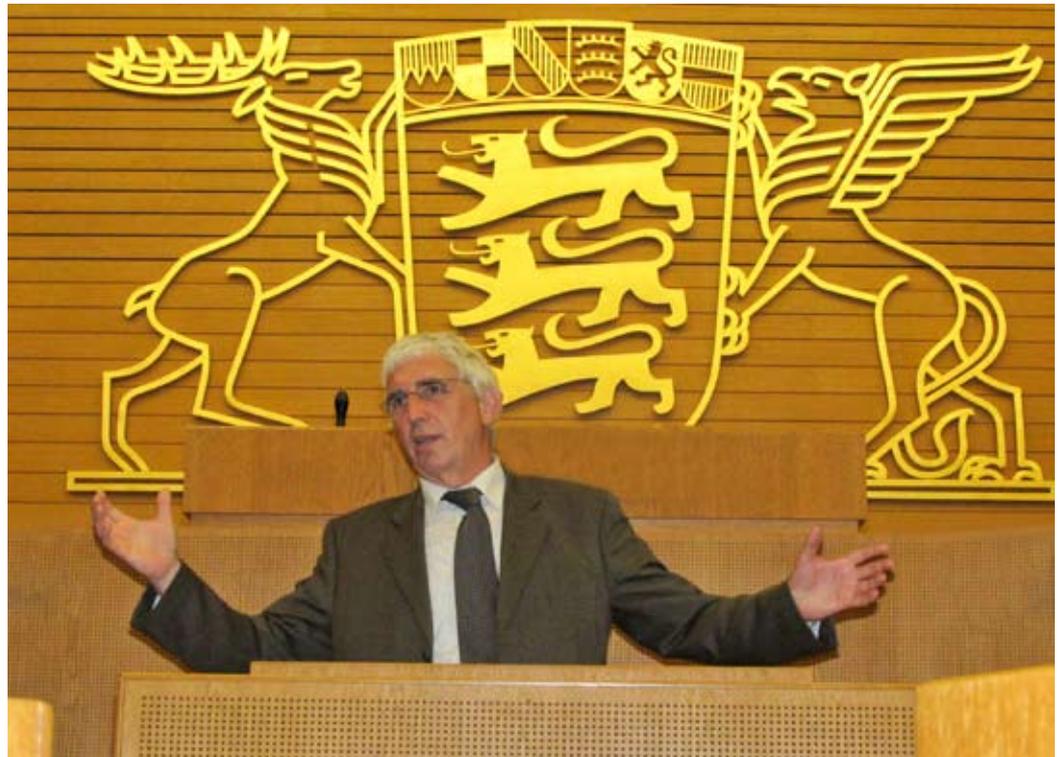
In diesen Tagen jährt sich der Regierungsantritt der grün-roten Landesregierung. Wer mir vor einem Jahr gesagt hätte, dass wir heute schon eine solche Erfolgsbilanz vorweisen können, den hätte ich milde belächelt.

Sicher gab es Anlaufprobleme und noch nicht alles läuft rund. Aber eines ist mir jetzt schon klar: Regieren ist sicher schwieriger als opponieren, aber es macht auch mehr Spaß. Wir sollten daher offensiv auch unsere Erfolge darstellen. Dazu trägt die Mai-Ausgabe von MdL-Aktuell sicherlich bei.

Ich ziehe eine positive Bilanz des ersten Jahres der grün-roten Landesregierung. Neben zahlreichen Entscheidungen von landespolitischer Bedeutung (die auf den folgenden Seiten dargestellt sind!) konnte auch der Neckar-Odenwald-Kreis profitieren.

Als richtungsweisend für die Zukunft unseres Landkreises möchte ich nur die Erweiterung der Dualen Hochschule in Mosbach, die 3,5 Millionen Euro mehr für die Kleinkindbetreuung in allen Gemeinden des Neckar-Odenwald-Kreises, die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums am Auguste-Pattberg-Gymnasium in Neckarelz und die Förderung des Ausbaus des Krankenhauses in Buchen nennen / aufzählen.

Auch die Polizeistrukturereform bringt im Ergebnis eine höhere Sicherheitsqualität für die Bürger und führt nicht



zu einem Kahlschlag beim Personal. Über die Polizeireform werden wir in der Juni-Ausgabe berichten.

Insgesamt zeigt sich, dass das Land bei Grün-Rot in guten Händen ist. Wir haben viel angepackt und erreicht, bisher ohne einen Cent zusätzlicher Schulden.

Mit einem herzlichen „Glück auf“ grüßt Euch

Georg Nelius, MdL

Ein Jahr Grün-Rot – was wurde erreicht?

Unsere Kinder verdienen gleiche Bildungschancen – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern

- Startschuss für 40 Gemeinschaftsschulen ab dem Schuljahr 2012/13
- In zwei Geschwindigkeiten zum Abi: G9-Züge an zunächst 44 Standorten
- alle 3.300 durch Schülerrückgang frei werdenden Stellen bleiben im System
- 50 neue Eingangsklassen an beruflichen Gymnasien zum Schuljahr 2012/13
- Verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft, freier Elternwunsch gestärkt
- Zusätzlich 11 Mio. Euro für Sprachförderung im Kindergarten
- „Pakt für Familien“ mit den Kommunen: 315 Mio. Euro für Kleinkindbetreuung

Mit Armut finden wir uns nicht ab: Wer gut arbeitet, verdient einen anständigen Lohn

- Fast 100 Mio. Euro zusätzlich für die Krankenhäuser
- Bundesratsinitiativen zum Mindestlohn und zu gleicher Vergütung von Frauen und Männern
- Maßnahmenpaket „Gute und sichere Arbeit“, insbesondere zur besseren Integration von Langzeitarbeitslosen
- Armuts- und Reichtumsberichterstattung auf den Weg gebracht
- Landesgesetz für psychisch Kranke in der Beratung, 2 Mio. Euro zusätzlich
- Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land mit 15 Mio. Euro

Mit Sonne und Wind strahlt unsere Energieversorgung erneuerbar – ganz ohne Atomkraft!

- Ausbau der Windkraft ist auf den Weg gebracht, kräftiger Ausbau ab 2013
- Moderner Windkraftenergieerlass bringt Energieziele, Naturschutz und Belastung für die Gemeinden in Einklang
- Sanierung der Landesliegenschaften mit zusätzlich 50 Mio. Euro jährlich
- Programm „Klimaschutz Plus“ wurden um mehrere Mio. Euro erhöht
- Deutliche Mittelaufstockung für die Gewässersanierung und -reinhaltung
- Abbau des Investitionsstaus im Hochwasserschutz mit 15 Mio. € mehr

Unsere Polizei wird bürgernäher: Damit die Streife da ist, wenn man sie braucht

- Startschuss für eine Strukturreform von der Polizei für die Polizei
- Zielsetzung: Leitungsebenen straffen, Verstärkung der Basis
- Reviere und Posten werden verstärkt, dadurch mehr Bürgernähe
- Umbau des LKA, Einrichtung Abteilung für Cyberkriminalität
- Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnik der Polizei
- Mehr direkte Demokratie wagen, Hürden für Bürgerbeteiligung abbauen
- Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerber
- Trauungen jetzt auch unter freiem Himmel erlaubt

Im Rechtsstaat muss sich jeder blind auf die Justiz verlassen können

- Eingetragene Lebenspartnerschaften künftig auf den Standesämtern
- Landesdatenschutzbeauftragten personell verstärkt
- Grundbuchreform: Zwei zusätzliche Standorte in Mannheim und Ravensburg.
- Teilprivatisierung der JVA Offenburg gestoppt
- Evaluierung der Übertragung der Gerichts-/Bewährungshilfe auf freien Träger

Urlaub im wilden Süden macht Laune – warum nicht mal auf dem Bauernhof?

- Vorbereitende Studie für den ersten Nationalpark im Land (Nordschwarzwald)
- Höhere und kontinuierliche Förderung des Biolandbaus
- Agrarförderung stärker auf Ökologie und Tierschutz ausgerichtet
- Verbraucherschutz gestärkt – mehr Veterinäre (+ 14) und Lebensmittelkontrolleure (+ 22)
- Modellprojekt Nachhaltigkeitscheck für die 20 Top-Tourismusziele
- Mehr Mittel für Tourismus-Marketing auf internationaler Ebene

Gemeinsamkeiten ausleben, Unterschiede aushalten

- Leichtere Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen
- Bundesratsinitiative zur doppelten Staatsbürgerschaft
- Einrichtung „Runder Tisch Islam“, um islamfeindliche Haltungen abzubauen und Abschottung einiger Muslime zu durchbrechen

Gute Autos sind schon unser Markenzeichen, jetzt stecken wir Energie in neue Antriebe

- Elektromobilität nimmt in Baden-Württemberg Fahrt auf
- Ein Tariftreuegesetz wird auf den Weg gebracht
- Startschuss für eine Gründungsoffensive ist erfolgt
- Wohnraumförderung im Haushalt 2012 auf 70 Mio. Euro erhöht
- Kassensturz offenbart strukturelles Defizit von rund 2,5 Mio. Euro
- Sanierungsstau im Hochbau, bei Landesstraßen und Krankenhäusern reduziert
- Solide Finanzpolitik - Haushalte 2011 und 2012 ohne Neuverschuldung
- Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur eingerichtet

Wir machen Schluss mit Holterdiepolter auf unseren Landesstraßen

- Stuttgart 21 wird gebaut. Klare Mehrheit bei der Volksabstimmung am 27.11.2011 für Stuttgart 21. Der Kostendeckel von 4,5 Mrd. Euro gilt.
- Schluss mit Holterdiepolter: Mittel für Erhalt von Landesstraßen deutlich erhöht
- Keine Kannibalisierung durch Stuttgart 21: 125 Mio. Euro für den Ausbau der Rheintalbahn und 90 Mio. Euro für die Elektrifizierung der Südbahn
- Ko-Finanzierung für Projekte der Verkehrsinfrastruktur zu 60 Prozent für den Umweltverbund (Fußgänger, Rad, ÖPNV)
- Eigener Haushaltstitel für Radwegebau, Erhöhung der Mittel auf 1,5 Mio. Euro

Baden-Württemberg-Dialog: Die BürgerInnen-Konferenz zu einem Jahr Grün-Rote Landesregierung

Am 09. Mai 2011 unterzeichneten Grüne und SPD den Koalitionsvertrag. Diesen historischen Politikwechsel, nach 58 Jahren CDU-Regierungen in Baden-Württemberg, haben die Parteien gemeinsam mit 90 Bürgerinnen und Bürgern gefeiert.

Aus dem Neckar-Odenwald-Kreis nahmen für Bündnis 90/Die Grünen vom Kreisvorstand Hans-Detlef Ott und die organisatorische Mitarbeiterin der Kreis-Grünen Martina Dylla teil.

Für die SPD nahmen der SPD-Kreisvorsitzende Jürgen Graner und als Dankeschön für ihr engagiertes Eintreten für die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G9

am Gymnasium, die ehemalige Elternbeirätin am Augusta-Pattberg Gymnasium, Brita Heck teil. Im direkten Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Nils Schmid wurden im Haus der Architekten in Stuttgart Fragen zu den Themen Arbeit, Energiewende, Bildung und Bürgerbeteiligung diskutiert.

An dieser BürgerInnen-Konferenz am Ort der Koalitionsverhandlungen nahmen auch alle Landesminister teil und nahmen sich viel Zeit an Stehtischen Fragen zu ihren Ressort zu beantworten.



MdL Georg Nelius mit SWR-Team auf dem Maimarkt im Gespräch SWR-Regionalnachrichten für den Neckar-Odenwald-Kreis nicht ausdünnen



Dass die Regionalnachrichten des SWR Kurpfalz-Radio sich immer größerer Beliebtheit erfreuen und im Neckar-Odenwald-Kreis eine große Zuhörerschaft aufgebaut hat, mache nach der Meinung vieler Hörerinnen und Hörer im Neckar-Odenwald-Kreis eher einer zeitliche Steigerung der Kreismeldungen erforderlich als eine zeitliche Einschränkung.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Georg Nelius nahm nun seinen Besuch im „Gläsernen Studio des SWR“ auf dem Mai-Markt zum Anlass, um klar zum Ausdruck zu bringen, dass die Meldungen aus dem östlichen Teil der Region Unterer Neckar nicht weiter zeitlich eingeschränkt werden dürfen. „Unsere Bürgerinnen und Bürger haben sich an den Service ihres Regionalradios gewöhnt und wollen auch in den Sendezeiten von Kurpfalz-Radio-Nachrichten erkennen können, dass man in der Rundfunk-Redaktion in Mannheim diesen Teil der Region Unterer Neckar für genauso berichtenswert hält, wie die Meldungen aus der Pfalz, dem Rhein-Neckar-Kreis und den Städten Mannheim und Heidelberg.“

MdL Georg Nelius führte in diesem Zusammenhang ein längeres Gespräch mit Gerhard Mandel und Friederike Kroitzsch im Rahmen seines Besuches im Gläsernen Studio. Er bestärkte die für den hiesigen Kreis zuständige Kurpfalz-Radio-Redakteurin Friederike Kroitzsch auch in ihrem Bestreben, über ihre Eigenbeiträge hinaus auch Stimmen aus Odenwald und Bauland zu Wort kommen zu lassen.

Gerhard Mandel nahm mit Interesse zur Kenntnis, dass Kurpfalz-Radio im Neckar-Odenwald-Kreis eine hohe Einschaltquote und Fan-Gemeinde habe und dass man seine Ansprüche auf ordentliche und ausführliche Berücksichtigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowohl im Nachrichtenblock wie auch in den Interviews und Berichten aus der Region gewahrt wissen möchte. Schließlich verfüge man in Mosbach und Buchen über Vor-Ort-Redaktionen und mit Friederike Kroitzsch über eine Redakteurin, die über die Geschehnisse, Entwicklungen und Stärken der östlichen Region bestens Bescheid wisse.

Tariftreuegesetz verhindert Lohndumping und Wettbewerbsverzerrung

MdL Georg Nelius: „Wir nehmen nicht länger hin, dass sich Auftragnehmer im Bieterwettbewerb bei öffentlichen Vergaben durchsetzen können, weil sie die Tarifbindung unterlaufen“

Der von der Landesregierung beschlossene Entwurf eines Landestariftreuegesetzes wirkt nach Ansicht von Georg Nelius Wettbewerbsverzerrungen, die durch den Einsatz von Niedriglohnkräften entstehen, effektiv entgegen. Zugleich Sorge er für mehr Fairness bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. „Wir nehmen nicht länger hin, dass sich Auftragnehmer im Bieterwettbewerb bei öffentlichen Vergaben durchsetzen können, weil sie die Tarifbindung

unterlaufen. Das benachteiligt nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber, die faire Löhne für gute Arbeit zahlen“, so Nelius - und weiter: „Mit dem Tariftreuegesetz geben wir dem Wettbewerb eine soziale Leitplanke, von der Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen profitieren“. Mit dem

Tariftreuegesetz käme man unserem Ziel, Baden-Württemberg zum Musterland für ‚Gute Arbeit‘ zu machen, ein großes Stück näher.

Mit dem Tariftreuegesetz werden für die vom Anwendungsbereich des Gesetzes erfassten öffentlichen Aufträge des Landes Baden-Württemberg, der kommunalen Auftraggeber sowie sonstiger öffentlicher Auftraggeber, die in Baden-Württemberg Aufträge vergeben, Tariftreueeregeln festgeschrieben. Die Regelungen enthalten eine Bindung an die nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingungengesetz fixierten Löhne. Im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs wird die Tariftreuepflicht dahingehend konkretisiert, dass einer der in Baden-Württemberg in dieser Branche geltenden und repräsentativen Tarifverträge angewandt wird. Darüber hinaus wird eine Mindestentgeltverpflichtung vorgegeben, die dort gilt, wo die Tariftreuepflicht nicht greift

oder für die Beschäftigten zu ungünstigeren Entgelten führen würde. Auch Nachunternehmen müssen diesen Regelungen unterworfen werden.

Der Gesetzentwurf sieht einen vergabespezifischen Mindestlohn von 8,50 Euro als absolute Untergrenze vor. Diese Forderung korrespondiert mit der Forderung des Landes nach einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, den die Bundesregierung bisher ablehnt.

„Das Tariftreuegesetz unterbindet Wettbewerbsverzerrungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und schafft faire Voraussetzungen für alle Unternehmen,

die sich um öffentliche Aufträge bewerben“, betont Nelius. „Es war höchste Zeit, dass Baden-Württemberg eine faire öffentliche Ausschreibungspraxis auch im Lohnbereich gewährleistet. Weil Lohndumping tarifgebundene Arbeitsplätze gerade in mittelständischen Betrieben gefährdet, flankieren wir mit dem Tariftreuegesetz

unsere Mittelstandsförderung“.

Nelius ist es wichtig, dass bei der Umsetzung auf eine schlanke, unbürokratische und leicht verständliche

Regelung gesetzt und zur Unterstützung der öffentlichen Auftraggeber eine Servicestelle beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtet werde, die über das Tariftreuegesetz informiert sowie die Entgeltregelungen der einschlägigen Tarifverträge bereitstellt. Für Unternehmer werden zudem standardisierte Formularmuster für die Tariftreueerklärung verfügbar sein.

Impressum

Wahlkreisbüro MdL Nelius
Badgasse 7, 74821 Mosbach
Telefon (0 62 61) 91 49 17
Telefax (0 62 61) 91 49 18
buero@georg-nelius.de
www.georg-nelius.de

Verantwortlich:
Georg Nelius

Gestaltung/ Bilder:
G. Nelius/ K. Weidlich



SPD